

## Flüchtlinge

Seit Jahren schon erreichen uns über Print- und elektronische Medien bedrückende Bilder über Flüchtlingsströme in der Welt. Mit dem Stichwort Mittelmeer verbinden wir zwischenzeitlich seeuntüchtige Boote, die überquellen mit Menschen, Rettungseinsätze der Marine, der Seeschifffahrt und privater Hilfsdienste vor Ort und immer wieder Zahlen über ertrunkene Menschen. Katastrophe ist noch ein geschöntes Wort für die Zustände rund ums Mittelmeer. Für uns in Deutschland war dies bisher eher ein Problem in der Ferne. Wir haben uns zunächst skeptisch über die Leistungsfähigkeit der südlichen Staaten Europas geäußert; gewundert, dass man dort nicht in der Lage war, die hilfesuchenden Menschen angemessen zu betreuen.

Von heute auf morgen, so der Eindruck, hat sich die Situation für Deutschland grundlegend geändert. Das Elend der Menschen, die ihre Heimat aus unterschiedlichen Gründen verlassen müssen, ist an unseren Grenzen und in unserer direkten Nachbarschaft angekommen. Nach aktuellen Schätzungen erwartet die Bundesrepublik in diesem Jahr (zumindest) 800.000 Flüchtlinge. Kaum ein Tag vergeht, in dem nicht über die Entwicklung berichtet wird. „Erbarmungslos – Das tödliche Geschäft der Schlepper-Mafia“ (Spiegel, 5. Sept. 2015); „Ich kann hier nicht überleben – Zehntausende Syrer machen sich auf den Weg ...“ (Kreiszeitung, 18. Sept. 2015); „Flüchtlingsbetreuung: Eine Million Euro mehr – Landrat will Budget verdreifachen ...“ (Kreiszeitung, 18. Sept. 2015); „Flüchtlingskrise – Was wir schaffen“ (Süddt. Zeitung, 19. Sept. 2015); „Volles Haus – Bayerns Behörden schufteten am Limit; Ein Besuch im Landkreis Miesbach“ (Süddt. Zeitung, 19. Sept. 2015); „Ort der Gegensätze: In Oerbke treffen 350 Einwohner auf 1.400 Flüchtlinge“ (Weser-Kurier, 19. Sept. 2015); „Schneller abschieben – Land will Ausreisepolitik ändern“ (Weser-Kurier, 19. Sept. 2015); „EU verteilt Flüchtlinge“ (Rhein-Zeitung, 23. Sept. 2015); „Der Geist des Miteinanders – Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik/Bremen fordert mehr Geld vom Bund“ (Kreiszeitung, 24. Sept. 2015); „Zwangsmieter – Bremen will leer stehende Immobilien beschlagnahmen“ (Süddt. Zeitung, 30. Sept. 2015); „Seehofer: Merkel muss Flüchtlingszahl begrenzen“ (Süddt. Zeitung, 30. Sept. 2015); „Kabinett verschärft Asylrecht“ (Nordwest-Zeitung, 30. Sept. 2015). Dieser kleine Themenausschnitt zeigt die gesamte Dimension der gewaltigen Aufgabe, die auf den Staat und seine Kommunen, zugekommen ist. Betroffen sind zunächst Menschen, häufig traumatisiert, die ihre Heimat verlassen haben und mit großen Hoffnungen auf ein sicheres und besseres Leben gekommen sind. Dann sind die Bürger der Kommunen zu nennen, die den Flüchtlingen ein herzliches Willkommen bereiten und bei der Erstversorgung helfen. Zu nennen sind aber auch die vielen Initiativen und Organisationen, die Schlafmöglichkeiten organisieren, die ärztliche Erstversorgung und die Versorgung mit Kleidung und Lebensmitteln übernehmen. Und nicht zuletzt zu nennen sind Verwaltungsmitarbeiter, die – häufig in wenigen Stunden – Wohnraum organisieren

müssen, eine Erstregistrierung durchführen und für rechtsstaatlich einwandfreie Asylverfahren sorgen müssen. Es dürfen aber auch nicht die Bürger vergessen werden, die mit großer Sorge auf die neuen Herausforderungen blicken und große Ängste verspüren. Eine gewaltige politische Aufgabe gilt es zu bewältigen.

Der Zustrom von Flüchtlingen in großer Zahl wird nicht auf das Jahr 2015 begrenzt bleiben. Alle seriösen Beurteilungen gehen davon aus, dass diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren anhalten wird. Damit sind die Verwaltungen – gerade auch auf der kommunalen Ebene – in besonderer Weise gefordert. Bei dieser Aufgabe sind (u.a.) vier große Phasen zu unterscheiden: Zunächst ist für die Erstversorgung zu sorgen. Die ankommenden Menschen müssen „ein Dach über dem Kopf“ haben und mit dem Notwendigen versorgt werden. Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate zeigen, dass sich engagierte Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter mit Kompetenz, Kreativität und Einfühlungsvermögen dieser Herausforderung stellen. Sodann sind die notwendigen Verwaltungsverfahren (u.a. Asylverfahren) durchzuführen. Vom Ergebnis und den Vorgaben des Asyl- und Ausländerrechts wird es abhängen, ob die schutzsuchenden Menschen länger oder gar dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen. Damit rücken verstärkt Fragen der Integration in den Vordergrund. Und hier wird es nicht nur um die Frage der Sprachkompetenz und Arbeitsmarktfähigkeit gehen. Nicht verkannt werden darf zudem, dass das Thema „Abschiebung“ deutlich an Bedeutung gewinnen wird. Es wird damit für die Verwaltungen darauf ankommen, die personellen Ressourcen bereitzustellen, um die Aufgaben akut und in Zukunft bewältigen zu können. Viele Verwaltungen versuchen zusätzliches Personal zu rekrutieren. In einem praktisch „leer gefegten Markt“ wird sie auch auf bisher verwaltungsferne Bewerber zurückgreifen müssen.

Verwaltungsschulen, Studieninstitute, Verwaltungsakademien und Hochschulen der öffentlichen Verwaltung sind hier in besonderem Maße gefordert. Es gilt, Beschäftigte zu begleiten und zu qualifizieren. Zwar wird das Asyl- und Ausländerrecht eine Renaissance erfahren, doch würde eine Begrenzung auf eher rechtliche Fragestellungen zu kurz greifen. Die gesellschaftliche und politische Dimension ist in den Focus zu rücken. Wird es einen Einstellungswandel bei den Beschäftigten geben? Das Thema „politische Bildung“ darf nicht vernachlässigt werden. Alle Verantwortlichen müssen für die sachgerechte administrative Abwicklung der neuen Aufgabe sorgen. Führungsaufgabe ist es aber auch, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mit ihren Stärken, Ängsten und Belastungen im Blick zu haben. Die Bildungsinstitute der öffentlichen Hand können hier Hilfestellung leisten.

*Prof. Holger Weidemann*